

Kirche und Gesellschaft



Bischof Franz-Josef Overbeck

Einstehen für unsere Demokratie

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Mai 2018, Nr. 450: Arnd Küppers, Peter Schallenberg
Der Markt und das Soziale. Überlegungen aus der Tradition christlicher Ethik und katholischer Soziallehre

Juni 2018, Nr. 451: Marco Bonacker, Gunter Geiger
Konsens und Krise. Politische Bildung als Aufgabe in kirchlicher Verantwortung

September 2018, Nr. 452: Lars Schäfers, Jochen Sautermeister
Konstruktiver Journalismus. Theologisch-medienethische Annäherungen an ein neues Berichterstattungsmuster

VORSCHAU:

November 2018, Nr. 454:
Bernhard Emunds zum Themenbereich „Pflege“

Dezember 2018, Nr. 455:
Gerhard Kruip zum Themenbereich „Marxismus-Rezeption in päpstlichen Sozialenzykliken“

Januar 2019, Nr. 456:
Michael Vollstädt zum Themenbereich „Ökonomie und Theologie – zur Sprache des neuen Management“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2018

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-3281-9

„Demokratie braucht Tugenden“ – unter diesem Titel veröffentlichten die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD Ende 2006 ein Gemeinsames Wort. Ziel dieses Papiers war es, alle demokratischen Akteure – also nicht nur Politiker, sondern auch Verbandsvertreter, Journalisten und vor allem die Bürgerinnen und Bürger – daran zu erinnern, dass die Demokratie mehr ist als ein bloßes Institutionengefüge, um die Verteilung von politischer Macht und Entscheidungsgewalt durch das Wahlvolk zu organisieren. Die demokratischen Institutionen können noch so klug ausgestaltet sein, aber ohne eine sie tragende demokratische Gesinnung der Menschen drohen sie ins Leere zu laufen. Anders formuliert: Die Demokratie muss gelebt werden, damit sie überlebt.

Der dünne Firnis der demokratischen Zivilisation

Diese Mahnung hat auch zwölf Jahre später nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: Mehr als damals steht uns heute vor Augen, wie dünn der Firnis unserer demokratischen Zivilisation eigentlich ist. In den letzten Wochen und Monaten war das immer wieder mit Händen zu greifen. In Kandel, Chemnitz, Köthen und anderen Orten haben skrupellose Gruppierungen schreckliche Gewalttaten und tragische Todesfälle für ihre politische Agitation missbraucht. Unter dem Deckmantel von „Gedenkmärschen“ brachen sich Hass auf die Regierung, auf „Ausländer“ und Andersdenkende ungehemmt Bahn. Was dabei als spontane Empörung von Bürgerinnen und Bürgern inszeniert wurde, waren in Wahrheit sorgfältig organisierte und orchestrierte Demonstrationen von überregional vernetzten radikalen und extremistischen Gruppen. Das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen wurde dabei in zynischer Weise instrumentalisiert; Unschuldige wurden mit schlimmster Hetze und Verleumdungen überzogen. Hier fehlte vielen, die das grundlegende demokratische Recht der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wahrnahmen, jegliches Maß an Anstand, Respekt, Demut und Mitgefühl.

Wie unter einem Brennglas ist in diesen Ereignissen sichtbar geworden, dass etwas ins Rutschen geraten ist in unserem demokratischen Miteinander und unserer Kultur der Auseinandersetzung. Deswegen haben wir Kirchen allen Anlass unseren Appell von 2006 zu erneuern: „Demokratie braucht Tugenden“!

Ein neues Gemeinsames Wort zur Demokratie

Aber allein damit möchten wir Kirchen es nicht bewenden lassen. Wir teilen die Sorgen vieler Menschen angesichts der Zunahme der gesellschaftlichen Spannungen und des Ausfransens der politischen Ränder – nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern Europas und der Welt. Die Deutsche

Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben deshalb den Beschluss gefasst, sich des Themas noch einmal grundlegend anzunehmen, und eine Arbeitsgruppe berufen, die ein neues Gemeinsames Wort zur Demokratie vorbereitet. Als Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Bischofskonferenz bin ich auf katholischer Seite verantwortlich für diese Arbeitsgruppe, die in den letzten zwölf Monaten intensiv beraten und gearbeitet hat. Wir hoffen, Anfang des kommenden Jahres der Bischofskonferenz und dem Rat der EKD einen Entwurf vorlegen zu können.

Mit dem vorliegenden Beitrag möchte ich diesem Gemeinsamen Wort nicht vorgreifen. Aber das Thema beschäftigt mich natürlich auch unabhängig von dem ökumenischen Prozess. Als Bischof des Ruhrbistums Essen lebe ich in einer Region, in der gesellschaftliche Herausforderungen und Konflikte oft früher und stärker spürbar werden als in anderen Gegenden Deutschlands. Deswegen bin ich nicht nur angesichts manch beunruhigender Entwicklung auf der großen politischen Bühne, sondern auch wegen vieler alltäglicher Erfahrungen davon überzeugt, dass unser demokratisches Miteinander vor neuen, großen Herausforderungen steht. Und ich glaube, dass wir die Art dieser Herausforderungen noch gar nicht in vollem Umfang verstanden haben. Ziel ist es deshalb nicht, abschließende Antworten oder gar Patentrezepte zu formulieren – weder in dem geplanten Gemeinsamen Wort noch gar in meinen hier vorgelegten eigenen Überlegungen. Es geht vielmehr darum, nach den tieferen Ursachen jenes Phänomens zu fragen, das der amerikanische Politikwissenschaftler Larry Diamond versucht, mit dem Begriff der „Rezession der Demokratie“¹ zu erfassen. Nur wenn diese Ursachenforschung gelingt, können auch Lösungsperspektiven entwickelt werden. Weil es dabei um unsere Demokratie geht, muss auch der Diskurs über diese Fragen auf einer möglichst breiten gesellschaftlichen Basis geführt werden. Und die Kirchen, die Teil dieser Gesellschaft und Teil dieser Demokratie sind, möchten sich an diesem Diskurs beteiligen – ganz im Sinne der einleitenden Worte der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“ (*Gaudium et Spes* 1).

Kein Ende der Geschichte

Es ist noch gar nicht so lange her, da dachte niemand an eine Rezession der Demokratie. Ganz im Gegenteil: 1989, im Jahr des Falls der Berliner Mauer und des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa, veröffentlichte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in der

Zeitschrift *The National Interest* einen Artikel mit dem Titel *The End of History?* (dt.: „Das Ende der Geschichte?“).² Mit Anleihen an die Hegel'sche Geschichtsphilosophie vertrat Fukuyama hier die These, dass nach dem Untergang des Sowjetkommunismus der Kampf der politischen Weltanschauungen und Systeme, der die gesamte neuere Geschichte und vor allem das 20. Jahrhundert beherrscht hatte, an sein Ende gekommen sei. Der Liberalismus habe sich ein für allemal durchgesetzt, er habe alle Gegner aus dem Feld geschlagen und stehe als Sieger der Geschichte auf dem Platz. Von nun an würden sich die liberale, rechtsstaatliche Demokratie und die freie Marktwirtschaft gleichsam von selbst überall auf der Welt durchsetzen. Mit dieser These traf Fukuyama die verbreitete Stimmung der damaligen Zeit. Seine Thesen fanden so viel Aufmerksamkeit und Resonanz, dass er aus dem Aufsatz ein Buch machte, das zum Weltbestseller avancierte und seinen Autor reich und berühmt machte.³

Heute müssen wir feststellen, dass die Euphorie und der Optimismus von 1989/90, für die Fukuyamas These steht, sich als Irrtum erwiesen haben. Bereits die schrecklichen Kriege zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Nationen im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren ließen erahnen, dass das neue Zeitalter doch nicht so anders sein würde als die Vergangenheit. Und ging man vor 25 Jahren noch davon aus, dass eine wirtschaftliche Öffnung der Länder im Zeitalter der Globalisierung zwangsläufig auch mit einer politischen Öffnung und Demokratisierung einhergehen müsse, so führt das „chinesische Modell“ der Welt seit längerem vor Augen, dass auch dies ein Irrtum war und dass ein kapitalistischer Markt samt gewisser wirtschaftlicher Freiheiten sehr wohl auch in einem autoritär regierten Staat etabliert werden kann, in dem jegliche Demokratisierungsbestrebungen rücksichtslos unterdrückt werden. Dass mit China die zweitgrößte oder – je nach Berechnungsgrundlage – schon jetzt größte Volkswirtschaft der Erde eben kein demokratischer Rechtsstaat ist, sondern eine Diktatur, deren wirtschaftliches Agieren in der Welt immer auch mit politischen Machtinteressen verquickt ist, hat schon jetzt weitreichende Folgen.

Andere Länder, die bereits beachtliche Fortschritte bei der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erzielt hatten, sind inzwischen wieder in autoritäre, diktatorische Muster zurückgefallen, zuletzt etwa die Türkei. Das weltpolitisch folgenschwerste Beispiel dafür ist aber zweifellos Russland.

Diese Entwicklung ist nicht nur wegen der zunehmenden politischen Unfreiheit in den betroffenen Ländern besorgniserregend, sondern auch mit Blick auf die dadurch wachsende Gefahr einer Destabilisierung der Weltordnung insgesamt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der irreguläre Krieg in der Ost-Ukraine sowie das skrupellose Vorgehen Russlands in Syrien zeigen sehr

deutlich, dass solche Rückfälle in autoritäre Herrschaft oftmals nicht nur weitreichende Folgen im Inneren der betroffenen Staaten haben, sondern auch in den internationalen Beziehungen. Die Konstruktion innerer und äußerer Feinde gehört dabei zu dem bewährten Instrumentarium autoritärer Herrschaft.

Demokratien hingegen sind auf solche Methoden der Systemstabilisierung nicht angewiesen. Das ist einer der Gründe dafür, dass Demokratien (fast) nie Krieg gegeneinander führen, dass sie eine größere Bereitschaft zeigen, sich auf die Rechtsbindungen internationaler Verträge und eines geordneten Multilateralismus einzulassen, und dass sie überdies auch ein höheres Maß an innerem Frieden und Wohlstand aufweisen. So weist der indische Entwicklungsökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen immer wieder darauf hin, dass es in demokratischen Staaten, selbst wenn sie sehr arm sind, keine Hungersnöte gibt.⁴

Der sich ausbreitende Populismus als Gefahr für die Demokratie

Doch trotz dieser unbestreitbaren Vorzüge ist die Rezession der Demokratie kein Phänomen, das nur ferne Länder mit einer langen Geschichte autokratischer Herrschaft betrifft. Auch in einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union versuchen Regierungen immer unverhohlener, demokratische und rechtsstaatliche Standards zugunsten autoritärer Führung zurückzudrängen. Parlamentarische und rechtsstaatliche Verfahren werden durch populistische Manöver unterhöhlt. Auch manche deutsche „Wutbürger“ zeigen dafür große Sympathie, wie schon die selbstgemalten „Putin hilf“-Pappschilder und die vielen Russlandfahnen auf den Pegida-Kundgebungen gezeigt haben. „Merkel nach Sibirien, Putin nach Berlin“ war seinerzeit ein beliebter Schlachtruf.

Das ist ein Beispiel für die enge Verbindung von Populismus und autoritärem, anti-demokratischem Denken. Populisten würden diesen Vorwurf selbstredend weit von sich weisen. Sie geben schließlich vor, den wahren Willen des Volkes gegen die korrupten Meinungs- und Herrschaftseliten – zu denen sie freilich auch die Kirchen zählen – zu vertreten. Aber das ist ein Etikettenschwindel. In seinem instruktiven Essay *Was ist Populismus?* arbeitet der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller überzeugend heraus, dass Populisten nicht nur anti-elitär sind, sondern auch und vor allem anti-pluralistisch. Das „wahre Volk“, das zu vertreten sie vorgeben, ist ein ideologisches Konstrukt und „muss aus der empirischen Gesamtheit der Bürger erst einmal herauspräpariert werden.“ Und genau hier liegt der anti-demokratische Kern. Solange die Populisten noch nicht an der Macht sind, kann das System entsprechend ihrem Selbstverständnis als Repräsentanten der (schweigenden) Mehrheit nicht wirklich demokratisch sein. Sind Populisten aber erst einmal an der Macht, dann regieren sie „mit der inneren

Logik des Populismus: Sie und nur sie repräsentieren das wahre Volk; so etwas wie eine legitime Opposition kann es gar nicht geben. [...] Konkret heißt dies, dass Populisten den Staat vereinnahmen, *checks and balances* schwächen oder gar ganz ausschalten, Massenklientelismus betreiben und jegliche Opposition in Zivilgesellschaft und Medien zu diskreditieren suchen.“⁵

Jan-Werner Müller lehrt an der *Princeton-University* in den USA, hat also ein Paradebeispiel zum Beleg seiner Theorie direkt vor Augen. Aber die von ihm herausgearbeiteten Wesensmerkmale zeigen genauso die populistischen Strömungen und Parteien in Deutschland und Europa – mit allen Gefahren, die das für unsere Demokratie beinhaltet. Erst Anfang dieses Jahres hat das *infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft* eine im Auftrag der *Bertelsmann-Stiftung* erarbeitete Studie veröffentlicht, die zeigt, dass auch in Deutschland nicht wenige Menschen eine gewisse Empfänglichkeit für die Strategien des Populismus mitbringen.⁶ Im Rahmen ihrer repräsentativen Untersuchung mit 5.000 Teilnehmern kamen die Sozialwissenschaftler zu dem Ergebnis, dass 38,9 Prozent der Deutschen eine Tendenz zu antipluralistischen Einstellungen haben. Das ist wahrlich kein Minderheitenphänomen, und in einer von wachsender sozialer Pluralität gekennzeichneten Gesellschaft ist das natürlich ein Problem. Und es ist ein Problem der Demokratie, denn Demokratie ist ja ein Modus, um Pluralität politisch zu moderieren und konfligierende Interessen miteinander zu vermitteln. Für manche besorgniserregenden Entwicklungen der letzten Jahre bietet sich hier ein erster Erklärungsansatz.

Weimarer Verhältnisse?

Angesichts der stärker werdenden Fliehkräfte und der Zunahme extremistischer Tendenzen sprechen manche Kommentatoren schon von „Weimarer Verhältnissen“. Wenn wir in den kommenden Wochen und Monaten des Endes des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der ersten deutschen Republik vor 100 Jahren gedenken werden, wird dieser Vergleich sicher noch häufiger bemüht werden. Er ist inzwischen so stark verbreitet, dass sich das renommierte *Institut für Zeitgeschichte* (IfZ) bereits im letzten Jahr veranlasst sah, sich des Themas anzunehmen. Um eine breite öffentliche Wahrnehmung zu erreichen, hat das IfZ in Kooperation mit dem *Bayerischen Rundfunk* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ausgewiesene Historiker und Politikwissenschaftler dazu eingeladen, in eher essayistischer Form die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Weimarer und der heutigen Zeit miteinander zu vergleichen. Die im Zuge dessen entstandenen Beiträge von Herfried Münkler, Horst Möller, Andreas Wirsching und anderen sind inzwischen auch in einem sehr lesenswer-

ten Band veröffentlicht.⁷ Die Autoren machen klar: Nein, wir sind weit entfernt von Weimarer Verhältnissen – Gott sei Dank. Aber sie betonen auch: Weimar mahnt zur Wachsamkeit. Denn gerade das Schicksal der ersten deutschen Republik zeigt: Die liberale, rechtsstaatliche Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit, sie ist kein autopoietisches, sich selbst erschaffendes und erhaltendes, System wie Fukuyama meinte.

Ohne Freiheit und Rechtsstaatlichkeit keine wahre Demokratie

Drei Lehren aus Weimar sind meines Erachtens besonders bedeutsam, gerade auch wenn wir nicht allein auf Deutschland, sondern auf Europa insgesamt schauen. Erstens: Die Institutionen der Demokratie selbst können von skrupellosen Kräften als Vehikel benutzt werden, um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit anzugreifen. So dient der angebliche demokratische Volkswille immer wieder zur Rechtfertigung autoritärer Herrschaft. Das ist heutzutage etwa so in dem Russland Wladimir Putins genauso wie in der Türkei Recep Tayyip Erdogans. Und – ohne das mit den Zuständen in Russland oder der Türkei gleichzusetzen – auch in den EU-Ländern Polen und Ungarn wird der Rückbau rechtsstaatlicher und freiheitlicher Standards damit begründet, dass die Regierungen demokratisch legitimiert seien, so zu handeln. Das aber ist ein pervertiertes Verständnis von Demokratie, insoweit es alleine der Rechtfertigung von Machtausübung dienen soll. Der Zweck einer Demokratie, die ihren Namen verdient, liegt hingegen darin, Macht zu beschränken. Papst Johannes Paul II. hat das 1991 in seiner Enzyklika *Centesimus annus* für die Katholische Soziallehre mit unmissverständlichen Worten klargestellt: „Die Kirche weiß das System der Demokratie zu schätzen, insoweit es die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen sicherstellt und den Regierten die Möglichkeit garantiert, sowohl ihre Regierungen zu wählen und zu kontrollieren als auch dort, wo es sich als notwendig erweist, sie auf friedliche Weise zu ersetzen. Eine wahre Demokratie ist nur in einem Rechtsstaat und auf der Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen möglich“ (*Centesimus annus* 46).

Die Theologie ist zwar seit mehr als einem halben Jahrhundert von dem Paradigma scholastischer Wissenschaft abgerückt. Aber nach wie vor sind bestimmte Elemente der Scholastik hilfreich. So unterscheidet die scholastische Ethik zwischen höchsten Zielwerten und fundamentalen Gütern. Freiheit und Menschenwürde sind solche höchsten Zielwerte. Die Demokratie hingegen ist ein fundamentales Gut, das der Erreichung dieser Zielwerte zu dienen hat. Das heißt im Umkehrschluss: Eine real existierende Demokratie, die sich gegen Freiheit und Menschenwürde richten würde, wäre gar keine Demokratie mehr

im Sinne eines öffentlichen Gutes; sie wäre kein *bonum* mehr, sondern zu einem *malum* geworden.

Demokratischer Grundkonsens und Kompromissfähigkeit

Die zweite wichtige Lehre aus Weimar ist: Die Gemeinsamkeit der Demokraten muss immer über partikularen Parteiinteressen stehen. Die letzte im eigentlichen Sinne demokratische, auf eine parlamentarische Mehrheit gestützte Regierung der Weimarer Republik scheiterte Anfang 1930 an dem Streit der Großen Koalition darüber, ob der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt erhöht werden sollte oder nicht. Zu Recht war deshalb 1980 in einem bekannten Buchtitel über Weimar einmal von der „Selbstpreisgabe einer Demokratie“⁸ die Rede.

Auch von solchen „Weimarer Verhältnissen“ sind wir weit entfernt. Aber dennoch hat es zu denken gegeben, wie langwierig sich nach den letzten Bundestagswahlen die Regierungsbildung gestaltete. Demokratien leben davon, dass immer wieder die Fähigkeit zum Kompromiss aufgebracht wird. Wenn nun in den Parteien die Stimmen derer immer stärker werden, die kompromisslos darauf bestehen, dass es keine Abstriche an dem je eigenen politischen Programm geben darf und dass man deshalb lieber in die Opposition als in eine Koalitionsregierung gehen sollte, dann ist das kein gutes Omen für die parlamentarische Demokratie. Und wenn vor dem Hintergrund einer solchen Konstellation der schwindenden Kompromissbereitschaft von Demokraten stattdessen aus opportunistischen, parteitaktischen Erwägungen Koalitionen unter Beteiligung von populistischen, links- oder rechtsradikalen Parteien eingegangen werden, wie das inzwischen in einigen europäischen Ländern der Fall ist, dann ist das eine gefährliche Entwicklung.

Auch Franz von Papen und die anderen bürgerlich-konservativen Kräfte, die Hitler am 30. Januar 1933 zur Reichskanzlerschaft verhalfen, erlagen dem fatalen Irrtum, sie könnten ihn und seine NSDAP in einer Koalitionsregierung „einrahmen“, bändigen und entzaubern. Das soll hier nicht in polemischer Weise mit irgendeiner aktuellen Regierungskonstellation in Europa gleichgesetzt werden. Aber es gibt doch unübersehbar eine Entwicklung, dass der früher breite Konsens unter den Demokraten, nicht mit Parteien der extremen Rechten und der extremen Linken zusammenzuarbeiten, allmählich aufgeweicht wird.

Sozialer Ausgleich als stützende Säule der Demokratie

Die dritte Lehre aus Weimar ist: Eine freiheitliche Verfassung ist zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, um eine Demokratie zu erhalten, sondern es bedarf weiterer gesellschaftlicher Voraussetzungen. Damit soll hier gar nicht die These über die kulturellen oder religiösen Voraussetzungen der Demokratie im Sinne Ernst-Wolfgang Böckenfördes aufgegriffen werden. Diese Debatte ist so komplex, dass sie eines eigenen Beitrags bedürfte und nicht in einem Unterabschnitt dieses Heftes verhandelt werden kann. An dieser Stelle geht es viel profaner um die sozio-ökonomischen Bedingungen.

Die Weimarer Reichsverfassung war keine schlechte Verfassung. Natürlich hat sich der berühmte Artikel 48 in der Hand eines betagten und überforderten Reichspräsidenten Hindenburg als verheerend erwiesen. Aber zu den Präsidialregierungen konnte es, wie bereits gesagt, nur deswegen kommen, weil die demokratischen Parteien sich nicht mehr zu Kompromiss und Zusammenarbeit durchringen wollten. Damit waren sie zwar ihren Parteiprogrammen treu, aber die Probleme der Menschen blieben ungelöst, und diese wandten sich dann verstärkt den Nationalsozialisten und den Kommunisten zu. Man könnte auch zugespitzt sagen: Zuerst verloren viele Deutsche in der Hyperinflation Anfang der 1920er Jahre ihr Ersparnis, in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 verloren sie ihre Arbeit, und am Ende verloren sie das Vertrauen in die Demokratie, deren politische Kräfte nicht in der Lage waren, die wirtschaftlich-soziale Katastrophe in den Griff zu bekommen. Das hatte natürlich auch mit externen Faktoren zu tun, etwa der Unnachgiebigkeit, mit der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs trotz der schlechten deutschen Wirtschaftslage auf Reparationszahlungen bestanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten diesen Fehler nicht wiederholt, sondern mit dem Marshallplan die Not der Menschen bekämpft und auf diese Weise Starthilfe für die zweite deutsche Demokratie geleistet.

Die historische Erfahrung lehrt insoweit, dass eine freiheitliche Demokratie eben nicht nur eine gute Verfassung und parlamentarische sowie rechtsstaatliche Institutionen braucht, sondern dass es auch stützender Säulen bedarf, die mit dem politischen System im engeren Sinne nichts zu tun haben; und das sind vor allem Strukturen und Institutionen, die garantieren, dass es neben politischer auch eine wirtschaftlich-soziale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger gibt. In Deutschland hatte die Soziale Marktwirtschaft sicher einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass der zweite Versuch, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie zu schaffen, erfolgreich gewesen ist.

Zweifelloso aber ist das kein deutscher Sonderfall, sondern das gilt überall: Die Demokratie, die die politische Gleichheit aller voraussetzt, gerät mit wirtschaft-

lich-sozialen Ungleichheiten spätestens dann in Spannung, wenn diese als willkürlich und ungerecht empfunden werden. Wann dieser Punkt erreicht ist, das mag von Land zu Land verschieden sein. In den USA beispielsweise herrscht seit jeher ein höheres Maß an Individualismus, eine größere Skepsis gegenüber dem Staat, auch dem Wohlfahrtsstaat, und deshalb auch eine größere Toleranz gegenüber sozialer Ungleichheit. Aber es deutet einiges darauf hin, dass sich die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ganz wesentlich daraus erklärt, dass inzwischen in den USA eben auch diese Grenze überschritten ist, an der die sozio-ökonomischen Ungleichheiten als nicht mehr gerecht, sondern als willkürlich und unfair empfunden werden. Aus deutscher Perspektive wird oft nicht gesehen, dass sich Trumps Handelspolitik genau aus diesem Zusammenhang erklärt. Zwar herrscht in den USA, wie gesagt, eine verbreitete Skepsis gegenüber dem Wohlfahrtsstaat, aber das heißt nicht, dass soziale Themen keine Rolle spielen würden; sie werden nur anders diskutiert. Bis in die sechziger Jahre war eine protektionistische Handelspolitik zur Sicherung amerikanischer Arbeitsplätze politischer Konsens in den USA. Das war auch eine Art von Sozialpolitik, aber eben sozusagen über die Bande der Handelspolitik gespielt. An diese Tradition knüpft Trump an, und das hat er auch im Wahlkampf versprochen, und dafür ist er von den Arbeitern im *rust-belt* der USA, ehemals Hochburgen der Demokraten, gewählt worden.

Unter anderen Vorzeichen ist dieser Zusammenhang von liberaler Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat heute auch in Europa unter Druck geraten und in Frage gestellt. Die Länder, die die größten sozio-ökonomischen Probleme haben, insbesondere die höchste Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, sind zugleich auch jene Länder, in denen die populistischen politischen Parteien von links und rechts den stärksten Zulauf haben: Im Juni 2018 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland bei 42,3 Prozent, in Spanien bei 34,1 Prozent und in Italien bei 32,6 Prozent.⁹ Papst Franziskus hat bereits vor zwei Jahren in seiner Rede zur Verleihung des Karlspreises¹⁰ vor den drohenden politischen Folgen dieser sozialen Tragödie gewarnt. Auch an dieser Stelle mag deshalb die Frage erlaubt sein, ob das erreichte Maß an wirtschaftlicher und währungspolitischer Integration nicht durch eine nachholende soziale Integration stärker flankiert werden müsste, um die Europäische Union wieder zu stabilisieren.

Kirche und Demokratie

Als Bischof ist es mir natürlich ein besonderes Anliegen, dass auch die Kirche und alle Christinnen und Christen sich angesprochen fühlen angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie. Ich schreibe das in dem

Bewusstsein, dass das positive Verhältnis zwischen Kirche und Demokratie in historischer Perspektive keine Selbstverständlichkeit war, vor allem nicht in Europa, wo die Kirche die Französische Revolution und insbesondere die Phase der jakobinischen Terrorherrschaft als traumatisch erlebt hatte. Diese Zeit wirkte mehr als 150 Jahre lang nach und führte dazu, dass es bis ins 20. Jahrhundert hinein – man denke beispielsweise an die Franco-Zeit in Spanien – immer wieder zu unheiligen Allianzen mit autoritären Regimen gekommen ist. Und auch manche theologischen Erwägungen schürten Misstrauen gegen die Demokratie: Die Kirche, so die lange Zeit geltende Position, müsse sich an dem Willen Gottes und nicht an dem Willen einer demokratisch ermittelten Mehrheit orientieren. Es wurde der Verdacht geäußert, dass die Demokratie Individualismus und Relativismus Vorschub leiste, was die biblische bzw. die natürliche Ordnung der Dinge gefährden könnte.

Leider sind das keine rein historischen Anmerkungen, sondern solche Argumente werden von Christinnen und Christen bisweilen heute immer noch ins Feld geführt – und zwar gerade wenn es darum geht, gegen die Europäische Union Stimmung zu machen. Die beiden derzeit gegenüber Brüssel kritischsten Regierungen innerhalb der EU verstehen sich als besonders christlich. Das gilt für die Führungsfiguren der polnischen PiS-Partei, von denen die meisten praktizierende Katholiken sind, und das gilt auch für Viktor Orban in Ungarn, der ein überzeugter Calvinist ist.

Auch im Inneren der Kirche selbst gibt es in Europa und erst recht weltweit ein breites Meinungsspektrum und manche kontroverse Diskussionen, die von denen im politischen Raum mitunter gar nicht so verschieden sind. Da gibt es beispielsweise diejenigen, die befürchten, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus überwiegend muslimischen Ländern die christliche Kultur Europas gefährde. Andere beklagen, dass die EU-Politik des Gender-Mainstreaming das christliche Familienbild unterminiere. Nun kann es gar nicht verwundern, dass es auch innerhalb der Weltkirche und der europäischen Kirche eine Pluralität der politischen Meinungen gibt. Es ist ja sogar erfreulich, dass das so ist. Aber eines sollten wir als Kirche aus unserer eigenen Geschichte doch gelernt haben: Es ist völlig falsch, sich aus kurzfristigem politischem Opportunismus bei autoritären Kräften anzubiedern.

Christen sollten für Zuversicht und Offenheit einstehen

Meine eigene Erfahrung aus Gesprächen mit Mitbrüdern und Mitchristen ist allerdings die, dass sich mit der Nähe zu illiberalen, autoritären Tendenzen oft gar kein positives politisches Anliegen verbindet, sondern dass die dahinter

steckende Motivation überwiegend negativer Natur ist. Dahinter steckt schlicht oft Angst: Angst vor gesellschaftlichen Umbrüchen, Angst vor einer Marginalisierung der Kirche, Angst vor Einwanderung, Angst vor dem Untergang des Abendlandes. Tatsächlich war auch schon im spanischen Bürgerkrieg Angst der hauptsächliche Antrieb dafür, dass sich die Kirche auf die Seite General Francos stellte, der sie vor den Angriffen der Republikaner schützen sollte. Und in der Tat weisen demoskopische Befunde darauf hin, dass auch heutige Wählerinnen und Wähler populistischer und radikaler Parteien im Vergleich zu anderen Wählergruppen signifikant häufiger von Zukunftsängsten geplagt sind – und zwar nicht nur von konkreten Ängsten, etwa weil sie arbeitslos oder sozial marginalisiert wären, sondern auch von diffusen Ängsten.¹¹

Dieser Befund sollte nicht vorschnell abgetan und in die Zuständigkeit von Psychologie und Pädagogik abgeschoben werden. Denn Angst ist ja durchaus eine Gefühlsregung, die zum Menschsein gehört. Und auch diffuse Ängste sind nicht unbedingt absurde Ängste. Solche Ängste sind auch zweifellos ein politischer Faktor; wir haben das in den letzten Monaten im Zusammenhang mit Ängsten erlebt, die durch schreckliche Gewalttaten hervorgerufen wurden, die von einzelnen Flüchtlingen begangen worden sind. Es wäre völlig falsch, die dadurch hervorgerufenen Ängste nicht ernst zu nehmen. Am Beginn der modernen Staatlichkeit steht ja genau dieser Gedanke. In dem Staatskonzept von Thomas Hobbes etwa, einem der ersten großen modernen Staatstheoretiker, haben die Bürgerinnen und Bürger keinerlei besondere Rechte, außer diesem einen Recht, angstfrei zu leben, weil der Staat sie vor der Gewalt durch ihre Mitmenschen zu schützen hat. Wenn sich unter den Menschen Ängste verbreiten, sollte das für die Politik deshalb ein Alarm- und Warnzeichen sein.

Aber Angst ist deswegen noch kein guter politischer Ratgeber. Im Gegenteil: Gute Politik erschöpft sich keineswegs darin, bloß auf Ängste zu reagieren. Und als innere Haltung von Christinnen und Christen taugen Angst und Verzagttheit überhaupt nicht.

In einer Zeit, in der sich Angst und Verzagttheit breit machen, sollten Christinnen und Christen Zuversicht verbreiten. Nicht auf eine naive Art und Weise, sondern indem sie bereit sind, Veränderungen anzunehmen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und alles dafür zu tun, um den Wandel positiv auf diese Chancen hin zu gestalten. In einer Zeit, in der die Herzen mancher Menschen enger werden und Zäune hochgezogen werden, sollten Christinnen und Christen für Solidarität und Offenheit eintreten. Auch das soll keineswegs naiv geschehen. Es ist unbestritten, dass eine Debatte darüber notwendig ist, wie Solidarität und Offenheit Deutschlands und Europas nach innen und nach außen hin heute

aussehen können. Diese Art der Auseinandersetzung ist Teil der Demokratie und dazu gehört es auch, das Gespräch und Wege der Verständigung mit Menschen zu suchen, die anderer Meinung sind.

Demokratie braucht Dialog und Kompromissbereitschaft

Verschiedene – in einzelnen Fragen auch grundlegend verschiedene – politische Ansichten und Programme gehören zur demokratischen Normalität. Und deswegen ist der Meinungsstreit ebenfalls selbstverständlicher Teil jeder Demokratie. Das Bedenkliche aber ist, dass inzwischen der politische Meinungsstreit – jedenfalls in manchen Fragen – zu einem *Meinungskampf* degeneriert ist. Es findet kein Austausch über die verschiedenen Positionen statt, sondern sie prallen einfach unversöhnlich aufeinander. Die eigene Meinung wird moralisch zur einzig legitimen Sicht der Dinge aufgeladen, Andersdenkende werden denunziert – wahlweise als Angehörige des „Juste Milieu“ oder der „Lügenpresse“, als „Nazis“ oder als „Systemhuren“ – die Liste der Unappetitlichkeiten ließe sich leider nahezu beliebig fortsetzen.

Wer seine eigene Position in dieser Weise verabsolutiert und Andersdenkende derart abwertet, sucht natürlich gar nicht mehr die Begegnung und den Meinungsaustausch. Sondern er zieht sich in die (reale oder virtuelle) Echokammer zurück, in der sich ohnehin alle einig sind und in ihrer Sicht der Dinge gegenseitig bestätigen und verstärken. Am offensichtlichsten ist dieses Phänomen eines polarisierten Meinungskampfs in Deutschland derzeit in dem Konflikt über die Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik. Die eingangs angesprochenen Ereignisse von Chemnitz, Köthen und anderen Orten sind eine Warnung, wohin das noch führen kann. Aber es geht nicht nur um diese eine Frage, sondern wirklich um eine Veränderung der Streitkultur, die sich – weniger prominent zwar, aber doch unübersehbar – auch in anderen Zusammenhängen zeigt, sei es in dem Konflikt über Gender oder Klimaschutzpolitik, aber auch in Fragen, die prima facie weniger geeignet scheinen, zu einem weltanschaulichen Konflikt aufgeladen zu werden. Viele Kommunalpolitiker können inzwischen ein Lied davon singen, wie die öffentliche Diskussion, etwa über die Schließung eines Freibades oder die Genehmigung von Windrädern, heutzutage aus dem Ruder laufen kann.

Diese Entwicklung aber trifft die Demokratie tatsächlich in ihren Grundfesten. Denn der erste Schritt in einer Demokratie besteht immer darin, sich auf die Pluralität der Meinungen einzulassen. Voraussetzung dafür aber ist die Bereitschaft – bei aller persönlichen Überzeugung – die eigene Position nicht zu der einzig legitimen Sicht der Dinge zu überhöhen. Es kann deshalb nicht darum

gehen, bestimmte Meinungen von vornherein auszugrenzen oder unterzubuttern. Sondern der Weg ist der des Dialogs und des Versuchs der Verständigung zwischen unterschiedlichen Meinungen. Das gehört nicht nur zur Demokratie, sondern das ist integraler Bestandteil der Demokratie und der Moderne überhaupt. Es ist kein Zufall, dass jene Sozialtheorie, die genau das in den Mittelpunkt stellt, die Diskursphilosophie von Jürgen Habermas, die mit Abstand einflussreichste Theorie der Moderne und die einflussreichste politische Theorie ist, die ein Deutscher in den letzten 50 Jahren hervorgebracht hat.

„Die Achtung vor dem anderen, sagen, was man denkt, aber mit Respekt“

Genau diesen mühsamen Weg des Dialogs, des Ausgleichs und der Verständigung zwischen unterschiedlichen Meinungen müssen wir in einer lebendigen Demokratie gehen. Ich sage nicht, dass das einfach ist. Und wenn ich einen Dialog mit allen fordere, sage ich auch nicht, dass für mich alle Meinungen gleich gültig sind. Auch mir fällt es nicht immer leicht, bei bestimmten Gesprächspartnern und ihren Positionen ruhig zu bleiben.

Aber mich hat beeindruckt, was Papst Franziskus vor seiner ersten Begegnung mit US-Präsident Donald Trump gesagt hat, dessen Abschottungspolitik gegenüber Migranten er zuvor ja in der Sache stark kritisiert hatte. Auf einem Rückflug von Fatima im Mai 2017 sagte er zu Journalisten: „Ich beurteile eine Person nie, ohne ihr zuzuhören.“ Und: „Es gibt immer Türen, die nicht verschlossen sind. Man muss die Türen suchen, die wenigstens etwas offen sind, um einzutreten und über die gemeinsamen Dinge zu sprechen und voranzugehen. Schritt für Schritt. Der Friede ist ein Handwerk: Man macht ihn jeden Tag. Auch die Freundschaft unter Personen, das gegenseitige Kennenlernen, die Wertschätzung ist ein Handwerk: Man macht es jeden Tag. Die Achtung vor dem anderen, sagen, was man denkt, aber mit Respekt.“¹²

Natürlich gehören zu einem Dialog immer zwei Seiten. Auch das mag zwar eine banale Feststellung sein, aber in der Realität beginnt die Arbeit oft tatsächlich erst einmal damit, alle Seiten zu einem wirklichen, fairen Austausch zu bewegen. Dialog beruht auf Gegenseitigkeit. Wer möchte, dass er mit seiner Meinung gehört wird, muss auch bereit sein, sich die Meinung anderer anzuhören. Das gilt auch für den Dialog mit der Kirche, der ja bisweilen von bestimmten Kreisen vorgeworfen wird, sie würde sich dem Gespräch verweigern. Für mich persönlich – und im Übrigen auch für weite Teile der Kirche insgesamt – kann ich sagen: Das stimmt nicht. Wer aber mit mir in Dialog treten möchte, der muss schon ertragen können, dass auch ich meine Meinung sage, welche politischen Positionen mit den christlichen Werten des Evangeliums vereinbar sind

und welche nicht. Das ist nämlich zweierlei: einerseits die Demokratie als Raum politischer Freiheit aller zu schätzen, andererseits sich aber dafür einzusetzen, dass fundamentale Werte wie zum Beispiel das unbedingte Lebensrecht aller Menschen, auch der ungeborenen, oder die universale Menschenwürde, auch die von Flüchtlingen, in demokratischen politischen Entscheidungen ihren Ausdruck finden.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu Larry Diamond, Facing up the Democratic Recession, in: Journal of Democracy, Nr. 26 (2015), 141-155.
- 2 Francis Fukuyama, The End of History?, in: The National Interest, Nr. 16 (Sommer 1989), 3-18.
- 3 Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992 (dt. Ausg.: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992).
- 4 Siehe z.B. Amartya Sen, Democracy as a Universal Value, in: Journal of Democracy, Nr. 10 (1999), 3-17, hier: 7 f.
- 5 Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin, 5. Aufl. 2017, 130 f.
- 6 Siehe dazu und zum Folgenden Robert Follmer u.a., Vom Unbehagen an der Vielfalt, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2018.
- 7 Andreas Wirsching u.a. (Hrsg.), Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen 2018.
- 8 Karl D. Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.): Weimar – Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980.
- 9 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> (abgerufen am 09.08.2018).
- 10 http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/may/documents/papa-francesco_20160506_premio-carlo-magno.html (abgerufen am 09.08.2018).
- 11 Siehe dazu etwa Thomas Petersen, Die Angst vor Veränderung, FAZ-Monatsbericht des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Januar 2016, 3.
- 12 https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2017/may/documents/papa-francesco_20170513_voloritorno-fatima.pdf (abgerufen am 09.08.2018).

Der Verfasser

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ist Bischof der Diözese Essen, katholischer Militärbischof für die deutsche Bundeswehr und Vizepräsident der COMECE.